



Tauziehen um das Jagdgesetz

Einen heftigen Schlagabtausch gab es bei der ersten Lesung des Ökologischen Jagdgesetzes am Freitag im Düsseldorfer Landtag.

Am vergangenen Freitag fand die erste Lesung des Landesjagdgesetzes im Düsseldorfer Landtag statt. Nach einer etwa 30-minütigen, teilweise sehr hitzigen Aussprache wurde das Gesetz zur Beratung in den Umweltausschuss überwiesen. Eine Experten-Anhörung ist im Januar geplant, die rot-grüne Landesregierung will das Gesetz im Mai 2015 verabschieden.

Jagd zukunftsfähig machen

Umweltminister Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) versicherte, die Jagd werde durch die Novelle zukunftsfähig gemacht. Das löste Unruhe im Saal aus. Daraufhin beteuerte Remmel, er wolle den Jägern nicht „am Zeug flicken“. So manche jagdliche Praxis sei nicht mehr aktuell wie die Baujagd, die Jagd mit Totschlagfallen oder die Hundeausbildung an der vorübergehend flugunfähig gemachten Ente. Ohne Anpassung würde die Jagd die Akzeptanz in der Bevölkerung verlieren, so Remmel. Zur Kürzung des Katalogs jagbarer Arten erklärte der Minister, dass die Reduzierung auf 27 Arten kaum Auswirkungen auf die praktische Jagd habe. Zum Schutz des Waldes forderte Remmel sogar eine Intensivierung der Jagd. Respekt zollte der Minister sowie sei-



Friedhelm Ortgies

Johannes Remmel

ne Nachredner in der Plenardebatte den Regionalkonferenzen des Landesjagdverbandes (LJV) NRW. Die FDP-Landtagsfraktion forderte, das Ökologische Jagdgesetz ganz zurückzuziehen. Nach Auffassung von Karl-Heinz Busen (MdL) sei der Gesetzesentwurf eine Aufkündigung der Zusammenarbeit mit den Jägern ohne Anlass. Beispielsweise wolle die Landesregierung die Jagd in zahlreichen Schutzgebieten beschränken. „Das ist die Abschaffung der Jagd als Eigentumsrecht durch die Hintertür“, meinte Busen. Norbert Meesters (SPD) betonte, im zweiten Kabinettsentwurf seien schon zahlreiche Forderungen der Jäger berücksichtigt worden. Über weitere Aspekte sei zu debattieren. Bezüglich der Jagdsteuer stellte Meesters klar: „Unser Herz hängt nicht an der Jagdsteuer.“ Wenn der

Landkreistag sie nicht wolle, komme sie nicht ins Gesetz. Friedhelm Ortgies (CDU) zeigte sich enttäuscht von der SPD: Auf den LJV-Regionalkonferenzen wollten ihre Abgeordneten zahlreiche Punkte des Jagdgesetzes ändern. Doch als der zweite Entwurf veröffentlicht wurde, hatten die Volksvertreter zunächst keine Kenntnis von seinem Inhalt. Ortgies: „Ich habe den Eindruck, die SPD-Abgeordneten haben keinen Zutritt zum Hause Remmel.“

Für Jäger positive Aspekte

Norwich Rübe (Grüne) zählte auf, was sich mit dem Gesetzesentwurf Positives für die Jäger ergeben würde. Unter anderem werde die Jagdpachtzeit von neun auf fünf Jahre verkürzt und die Frist bei der Anmeldung der Wildschäden von einer auf zwei Wochen verlängert. Abschließend machte Rainer Deppe (CDU) deutlich, dass das Interesse an einer sachlichen und fachlichen Debatte über die Jagdrechtsnovelle wenig ausgeprägt sei. Beim Gesetzesentwurf werde übersehen, dass Jäger Waidgerechtigkeit großschreiben. „Herr Remmel, Ihr Verständnis von Jagd beschränkt sich scheinbar nur auf das Schießen und nicht auf die Hege“, so der CDU-Abgeordnete. Prä

Landräte lehnen geplante Jagdsteuer ab

„Es gab gute Gründe dafür, dass der NRW-Landtag 2009 die Jagdsteuer abgeschafft hat. Dabei sollte es bleiben! Wir werden uns deshalb auch nicht für die von der rot-grünen Landesregierung geplante Wiedereinführung einsetzen“, erklären die Münsterland-Landräte Dr. Olaf Gericke (Warendorf), Thomas Kubendorff (Steinfurt), Dr. Kai Zwicker (Borken) und Konrad Püning (Coesfeld) in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Zum Hintergrund: Die Jagdsteuer wurde im vergangenen Jahr abgeschafft. Doch nun wurde im Entwurf des Ökologischen Jagdgesetzes für die Kreise und kreisfreien Städte die Möglichkeit geschaffen, die Jagdsteuer wieder zu erheben. Dieses hatte der Landkreistag in einer Stellungnahme zum Gesetzes-

entwurf begrüßt. Außerdem hatte der Spitzenverband der Kreise rechtliche Bedenken bei der zunächst geplanten Dockelung der Steuerhöhe von 20 % des Pachtpreises angemeldet. Diesen Einwänden wurde entsprochen, ist den Begründungen des aktuellen Landesjagdgesetzes zu entnehmen. Zusätzlich hatten die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Norbert Römer und Reiner Priggen, darauf hingewiesen, dass der von CDU-Politikern dominierte Vorstand des Landkreistages die Einführung der Jagdsteuer fordere. Das hatte der Landkreistag hingegen zurückgewiesen. Nun sprechen sich die CDU-Landräte aus dem Münsterland in einer öffentlichen Erklärung gegen die Wiedereinführung der Jagdsteuer

aus: „Der Vorstand des Landkreistages hat sich bislang noch nicht mit dem erst vor wenigen Tagen eingebrachten Gesetzentwurf befasst. Das offizielle Beteiligungsverfahren kommt noch. Und dort werden wir gemeinsam mit weiteren Landratskollegen dafür plädieren, auf die Wiedereinführung der Jagdsteuer zu verzichten.“ Es habe etwas mit Vertrauen und Verlässlichkeit in Staat und Gesetzgeber zu tun, zu einer einmal getroffenen Entscheidung zu stehen – auch wenn sie von einer anderen Mehrheit im Landtag getroffen wurde. Die Landräte betonen, wenn die Landesregierung die Jagdsteuer wirklich wolle, müsse sie auch klar Farbe bekennen und dürfe nicht die Kommunen vorschieben. Auch aus Ostwestfalen hat nach Medienberichten kaum ein Kreis Interesse an der Jagdsteuer. Prä

Der Staatswald macht Ernst

In der südlichen Egge in Ostwestfalen hat sich in den vergangenen Jahren ein hoher Rotwildbestand entwickelt. Die großen Rudel Hirsche verursachen nicht nur im Wald erhebliche Schäden, sondern auch auf landwirtschaftlichen Flächen wie Raps und Wintergetreide. Landwirte der Jagdgenossenschaft Lichtenau-Kleinenberg fordern eine deutliche Bestandsregulierung des Rotwilds (siehe Wochenblatt-Folge 46, Seite 39).

Das Regionalforstamt Hochstift hat nun reagiert, um den Konflikt mit den örtlichen Landwirten wegen zu hoher Wildschäden zu entschärfen. Auf mehreren Drückjagden sind zahlreiche Tiere geschossen worden. Weitere Jagden sind für die nächsten Wochen geplant, um die Bestände auf ein akzeptables Maß zu reduzieren. Bislang liegt die Rotwildstrecke im Staatsforst bei Kleinenberg und Hardehausen in diesem Jahr schon bei 85 Stück.

Im Jahr 2012 waren es noch 40 Hirsche und Kälber, die im Landeswald des Rotwild-Bewirtschaftungsbezirkes „Egge-Süd“ erlegt wurden. Bereits im vergangenen Jahr wurde der Abschuss auf 80 Hirsche verdoppelt. Diese Zahl ist 2014 bereits erreicht. Doch weitere 15 Stück sollen noch erlegt werden, erklärte Dirk Kreienmeier vom Regionalforstamt Hochstift dem Wochenblatt. „Da wir nicht nur wald-, sondern auch tierschutzgerecht jagen, möchten wir den Abschuss bis Weihnachten erfüllt haben“, so der Förster.

Um das „Problem Rotwild“ in der Region weiter anzugehen, findet erstmals Mitte Dezember ein runder Tisch mit den betroffenen Landwirten, Förstern und Jägern in Lichtenau-Kleinenberg statt, den das Regionalforstamt moderiert. Frank Christian Heute



Foto: blickwinkel/S. Meyers

Rotwild sieht zwar imposant aus, aber es kann viele Schäden anrichten, wie in Kleinenberg.